

REGIERUNGSWAHLEN

Nach Nicht-Empfehlung von Kandidatin Roth: SVP-Präsident fordert eine Ausnahmeregelung

von Mathias Küng — az

Zuletzt aktualisiert am 9.9.2016 um 20:15 Uhr



Will für die SVP in die Aargauer Regierung: Franziska Roth.

Die **AIHK** empfiehlt auch Franziska Roth, der AGV nicht.

© Alex Spichale

Der Aargauer Gewerbeverband hat Franziska Roth (SVP) nicht auf seinem Empfehlungsticket für die Regierungsratswahl, weil sie nicht Mitglied ist. SVP-Präsident Thomas Burgherr fordert jetzt eine Ausnahmeregelung. Andere Verbände machen dies.

Der Vorstand des Aargauischen Gewerbeverbands (AGV) empfiehlt für die Wahl in den Regierungsrat die beiden amtierenden Regierungsräte Stephan Attiger, Baden (FDP), und Alex Hürzeler, Oeschgen (SVP). Überdies empfiehlt er Grossrat und Gemeindeammann Markus Dieth, Wettingen (CVP), zur Wahl. Mit dieser Empfehlung setze sich der AGV für eine bürgerliche

Regierung ein, heisst es weiter. Für einen allfälligen zweiten Wahlgang hat der Vorstand noch keine Position bezogen.

Mitgliedschaft ist Voraussetzung

Doch was ist mit Franziska Roth, mit der die SVP einen zweiten Sitz erobern will? AGV-Präsident Kurt Schmid verweist auf die Verbandsrichtlinien. Franziska Roth ist nicht Mitglied des Gewerbeverbands, also wird sie nicht unterstützt.



Keine Unterstützung für SVP-Roth

Der Aarg. Gewerbeverband unterstützt auch dieses Jahr bürgerliche Regierungsratskandidaten. Mit einer Ausnahme.

© TeleM1

Letztes Jahr wurde Humbel nicht unterstützt

Bei den letzten Ständeratswahlen wurde aufgrund dieser seit Jahren bestehenden Bestimmung Ruth Humbel (CVP) nicht unterstützt, und davor auch Christine Egerszegi (FDP) nicht. Schmid: "Das gefiel der CVP nicht, vorher gefiel es der FDP nicht, jetzt gefällt es der SVP nicht. Doch wir sind konsequent.

Diese Bestimmung ist anzuwenden, auch wenn wir alle bürgerlichen Regierungsratskandidaten empfehlenswert finden. Damit meinen wir auch die Kandidaten von BDP und GLP."

Aber es gibt doch jedesmal Ärger, ist diese Bestimmung trotzdem sakrosankt? Schmid: "Unser oberstes Ziel ist eine bürgerliche Regierung. Zudem hoffen wir, dass unsere derzeit aus 41 Mitgliedern bestehende Gewerbegruppe im Grossen Rat noch etwas zulegt. Doch bei der Nominierung bleiben wir strikt bei unserer Regel." Gewiss habe es im Vorstand eine Diskussion gegeben, doch die SVP-Mitglieder hätten für den Beschluss Verständnis, so Schmid. Im Gewerbeverband stehe die Wirtschaftspolitik über der Parteipolitik.



7 Fragen, 7 Mal nur Ja oder Nein als Antwort

Das sagen die Kandidaten Roth, Dieth und Feri zu Atomausstieg, integrativer Schule und mehr Polizisten. (16.8.2016)

© Tele M1

Beitritt geht nicht so einfach

Wäre es aber für Franziska Roth nicht ein Einfaches gewesen, rechtzeitig dem Gewerbeverband beizutreten, um empfohlen zu werden? Schmid verneint. Roth ist als Gerichtspräsidentin eine Staatsangestellte und auch nicht Inhaberin einer Unternehmung oder Mitglied einer Geschäftsleitung: "Deshalb könnte sie von einem Gewerbeverein nicht aufgenommen werden."

Der AGV sei aber wie gesagt interessiert, dass bürgerliche Kandidaten den Sprung in die Regierung schaffen. Oberstes Ziel sei eine klar bürgerliche Regierung.



Die Aargauer Regierungsratskandidaten 2016

Maya Bally (BDP)

© Emanuel Freudiger

SVP fordert eine Ausnahmeregelung

Sieht die SVP dies wirklich so gelassen? Schliesslich will sie ihrer Parteistärke entsprechend unbedingt einen zweiten Regierungssitz erobern. Parteipräsident und Nationalrat Thomas Burgherr verweist prompt auf die **Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)**, die nebst Attiger, Hürzeler und Dieth auch Franziska Roth empfiehlt. Burgherr: "Dies zeigt, die **AIHK** weiss, dass sich Franziska Roth für Anliegen der Wirtschaft einsetzt. Demgegenüber gewichtet der AGV seine Statuten höher als unsere Kandidatin mit ihren klar bürgerlichen Positionen. Ich muss das zähneknirschend akzeptieren."

Doch die Sache ist damit für Burgherr noch nicht vorbei. Auch bei Grossrats- und Nationalratswahlen gebe es immer wieder Diskussionen um die Verbandsrichtlinien. Diese seien grundsätzlich richtig. Burgherr fordert aber "einen Passus, demzufolge bei Regierungs- und Ständeratswahlen die Person des Kandidaten oder der Kandidatin höher gewichtet wird, so dass man doch eine Empfehlung abgeben kann. So wie es Franziska Roth unbedingt verdient."



Regierungsratskandidatin Franziska Roth im Fokus

Was bedeutet die Nomination der Brugger Bezirksgerichtspräsidentin und wie wird sie versuchen, ihren Bekanntheitsgrad zu verbessern? (April 2016)